

## Justizbeamter „liebte Titten mehr als F\*\*\*\*“

Abteilungskommandant in Gefängnis äußerte sich wiederholt sexistisch.

Wien. Justizanstalten seien eine „Männerdomäne“, das „muss uns klar sein als Frau“; da seien „derartige Aussagen leider an der Tagesordnung“; man höre immer wieder Sachen, „da hört man bewusst weg“. Was dienstältere Zeuginnen in einem Disziplinarverfahren gegen einen Abteilungskommandanten resigniert zu Protokoll gaben, zeichnete ein finstres Sittenbild, konnte für das Bundesverwaltungsgericht (BVwG) aber nicht das Verhalten des Beschuldigten rechtfertigen: dass dieser einen „nicht mehr zeitgemäßen bzw. definitiv zu lockeren Umgang“ pflegte.

„Ich liebe Titten mehr als Ficken“, hatte der Mann einmal unvermittelt gegenüber einer Justizwachschülerin gesagt. Er hatte Kolleginnen wissen lassen, „die Weiber (gemeint die Insassinnen, Anm.) sind für nichts zu gebrauchen außer für meinen Keller, da wüsste ich, was ich mit ihnen machen würde.“ Auch hatte er erklärt, dass er nur Sex ohne Kondom haben könne.

Wegen dieser Äußerungen und wegen vermeintlicher Übergriffe beim Üben von Grifftechniken im Umgang mit Häftlingen verhängte die Bundesdisziplinarbehörde gegen den Beamten eine Strafe in Höhe von eineinhalb Monatsbezügen. Der Mann wies alle Vorwürfe zurück und beschwerte sich beim BVwG. Im Gegensatz zu den behaupteten physischen Fehlleistungen sah auch das Gericht die verbalen Entgleisungen als bewiesen an: Der Mann habe seine Dienstpflichten verletzt, indem er „unangemessene sexuelle anzügliche Äußerungen gegenüber weiblichen Bediensteten getätigt“ habe (W296/2317977-1/47E, W296/2318007-1/28E).

Weil nur ein Teil der Anschuldigungen übrig blieb, reduzierte das BVwG die Strafe auf 2000 Euro, zumal der Mann um Entschuldigung gebeten hatte, falls er jemanden mit seinen Aussagen verletzt habe. (kom)

# Die lähmende Zersplitterung Europas

**Gastkommentar.** Das Recht als Mittel politischer Handlungsfähigkeit sollte zentral zur Stärkung Europas beitragen.

VON KARL NEWOLE

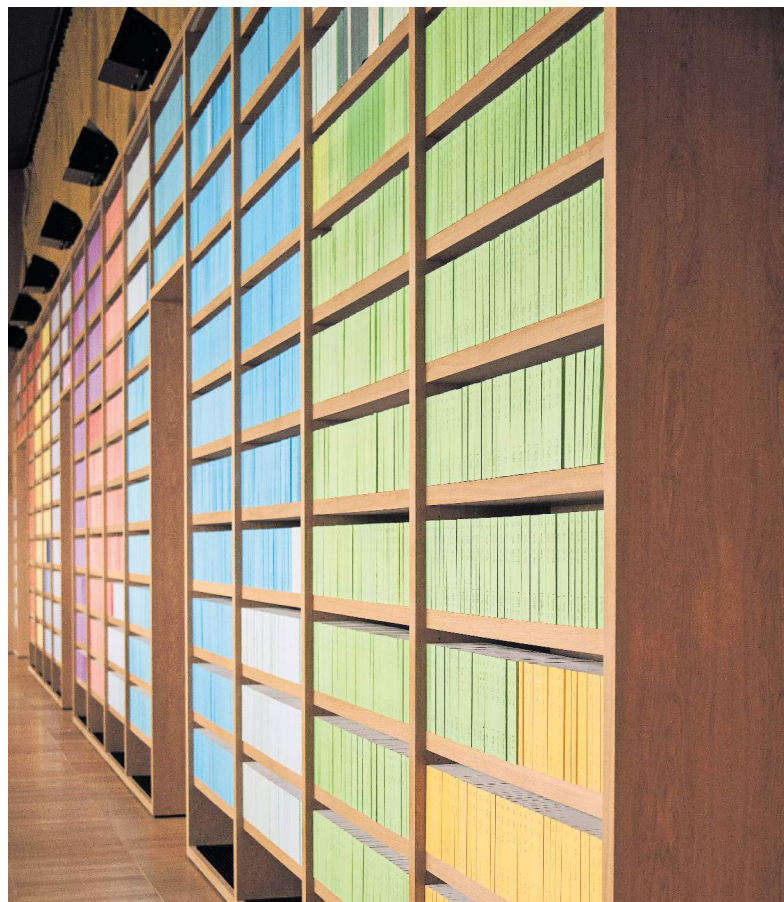
Wien. Wir leben in einer Zeit, in der die alte internationale Ordnung ins Rutschen gerät, bereits geraten ist. Die Vereinigten Staaten, China und Russland verfolgen ihre Interessen mit wachsender Rücksichtslosigkeit. Europa wirkt oft unentschlossen, selbstzufrieden und zu häufig handlungsunfähig. Das ist kein moralisches, sondern ein strukturelles Problem. Wirtschaftsmacht ohne politische und ohne militärische Macht läuft ins Leere.

Bereits in den 1920er Jahren hat der Österreicher Richard Coudenhove-Kalergi erkannt, dass ein zersplittertes Europa politisch bedeutungslos werden würde. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Angela Merkel hat es später nüchtern formuliert: Wir können uns nicht mehr darauf verlassen, dass andere für uns sorgen. Diese Einsicht ist richtig - aber sie bleibt folgenlos, solange wir sie nicht in Politik übersetzen. Europa leidet nicht an einem Mangel an Werten. Es leidet an einem Mangel an Durchsetzungsfähigkeit.

### 27 Rechtsordnungen

Einer der Hauptgründe für diese Schwäche liegt in unserer selbstverschuldeten Fragmentierung. Wir reden vom europäischen Binnenmarkt, erlauben uns aber 27 unterschiedliche Rechtsordnungen. Ein Unternehmen, das in mehreren Mitgliedstaaten produziert oder verkauft, muss sich mit einer Vielzahl von Gewährleistungs-, Haftungs- und Vertragsregeln auseinandersetzen. Das verursacht Kosten, bremst Investitionen und schwächt unsere Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA und China. Wer glaubt, das sei ein Randproblem, hat die Realität globaler Märkte nicht verstanden.

Dass wir in Österreich neun Bauordnungen oder ein zersplittertes



EuGH-Urteile nach Sprachen sortiert: So bunt müsste Recht nicht sein. BK

Gesundheitssystem haben, ist kein liebenswerter Föderalismus. Es ist ineffizienter Unsinn. Eine Treppe oder ein Herzinfarkt sind keine Fragen der regionalen Identität.

Kleinstaaterei mag historisch erklärbar sein. In einer Welt der Machtblöcke ist sie ein Luxus, den wir uns längst nicht mehr leisten können.

Die Antwort in dieser Lage kann nicht darin bestehen, autoritäre Systeme zu imitieren. Wer Freiheit gegen vermeintliche Effizienz eintauscht, verliert am Ende beides. Europas Aufgabe ist eine andere: Wir müssen unsere demokratischen Institutionen so organisieren, dass sie entscheiden und handeln können.

### Kein technisches Beiwerk

Recht ist dabei kein technisches Beiwerk. Es ist die Infrastruktur politischer Handlungsfähigkeit. Staaten existieren nicht nur durch Fahnen oder Hymnen, sondern durch die Geltung ihrer Rechtsordnung. Wer das Recht zersplittert, zersplittert den Staat - und im europäischen

Maßstab: die EU.

Was abstrakt klingt, zeigt sich konkret am österreichischen Scheidungsrecht. Es ist in wesentlichen Teilen veraltet. Das Festhalten am Verschuldensprinzip produziert Konflikte, die Gerichte und Familien über Jahre emotional und finanziell belasten. Das ist nicht konservativ. Das ist verantwortungslos.

### EU-Modell für Scheidungen?

Wenn eine Reform ohnehin Teil des Regierungsprogramms ist, sollten wir nicht kleinteilig denken. Warum nicht in Österreich ein Modell entwickeln, das sich gleich an den Rechtsprinzipien mehrerer europäischer Staaten orientiert? Die Vorarbeiten liegen längst vor. Es fehlt nicht an Expertise, sondern an politischer Umsetzungskraft. Dasselbe gilt für das Schadenersatzrecht. Auch hier existieren durchdachte europäische Konzepte. Wien könnte - wie um 1900 - wieder ein Zentrum rechtlicher Innovation sein, mit dem Ziel, EU-weite Geltung vorwegzunehmen. Dafür

müsste man allerdings aufhören, sich mit provinziellen Lösungen zufriedenzugeben.

Europäische Souveränität entsteht nicht durch Sonntagsreden und leere Worte einer „Besprechungsgesellschaft“. Sie entsteht durch konkrete Entscheidungen: durch Regeln, die gelten; durch Märkte, die funktionieren; durch Institutionen, die handeln; durch Streitkräfte, die abschrecken.

Wer Europa ernst nimmt, muss bereit sein, nationale Bequemlichkeiten aufzugeben. Das ist keine Frage der Ideologie oder eine Attacke gegen den Nationalstaat, sondern der politischen Vernunft und Bewahrung der Souveränität.

Europa muss dabei keine Supermacht werden. Aber es darf auch keine Verfügungsmasse fremder Mächte sein. Wer glaubt, dass Freiheit ohne wirtschaftliche und rechtliche Eigenständigkeit zu haben ist, verkennt die Realität der internationalen Politik. Die Zukunft Europas wird nicht in Gipfelerklärungen entschieden, sondern in der nüchternen Arbeit an seinen Strukturen. Daran sollten insbesondere Juristen ihren Anteil haben, gerade aus Österreich, um unserem (sicherheits)politischen „Austritt aus der Weltgeschichte“, copyright Ingeborg Bachmann, entgegenzuwirken. Zumindest um auf rechtlicher Ebene an einer starken EU mitzuarbeiten.

Denn am Ende gilt, was immer gegolten hat: Ordnung, im Sinne einer demokratischen Rechtsordnung, ist die Voraussetzung von Freiheit - nicht ihr Gegner.

Karl Newole ist Rechtsanwalt in Wien und Triest und Absolvent der Johns Hopkins University in Washington D.C.

### IMPRESSUM: RECHTSPANORAMA

**Redaktion:** Mag. Benedikt Kommenda, Dr. Philipp Aichinger  
**Telefon:** 01/514 14-447, 01/514 14-552  
**E-Mail:** benedikt.kommenda@diepresse.com philipp.aichinger@diepresse.com  
**Gastbeiträge** müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.  
**Anzeigen:** Clemens Merkle  
**Telefon:** 01/514 14-298  
**E-Mail:** clemens.merkle@diepresse.com DiePresse.com/Rechtspanorama

## LEGAL § PEOPLE

# Branchen-News aus der Welt des Rechts

### Einsteiger der Woche

Mit seiner Expertise im Umwelt-, Energie- und Infrastrukturrecht sowie im Cybersicherheitsrecht verstärkt **Maximilian Schlenk** das NHP-Team. Er startete bereits 2020 als Rechtsanwaltsanwärter bei NHP, bestand 2023 seine Rechtsanwaltsprüfung am OLG Wien mit sehr gutem Erfolg und setzt nun seine Karriere genau dort fort, wo sie begonnen hat - bei der Kanzlei Niederhuber & Partner. „Mit Maximilian Schlenk wird ein geschätzter Kollege zum vollwertigen Teil unseres Anwaltsteams, der NHP bereits bestens kennt und unsere Werte teilt. Seine Entwicklung vom Anwärter zum Rechtsanwalt zeigt nicht nur sein fachliches Können, sondern auch sein Engagement für die Themen, die uns bewegen. Die Förderung junger Talente und ihre langfristige Bindung an die Kanzlei ist uns ein wichtiges Anliegen“, betont Unternehmensgründer und Partner **Martin Niederhuber**.



Elena Lanmüller und Alexander Capka, Dorda. [Studio Koekart]

Seit Mitte Jänner unterstützt **Leonie Otte**, eine deutsche Volljuristin, als Legal Counsel die Kanzlei um Rechtsanwältin **Katharina Bisset** und bringt zusätzlich internationale und IT-rechtliche Expertise ein. Nachdem sie bereits als Referendarin in der Kanzlei tätig war, ergänzt sie das Team jetzt nach Absolvierung ihres zweiten Staatsexamens.



Leonie Otte, Rechtsanwaltskanzlei Bisset. [beigestellt]

Die Kanzlei DORDA Rechtsanwälte erweitert sein Team an eingetragenen Rechtsanwält:innen: **Alexander Capka** und **Elena Lanmüller** sind mit 20. Jänner Rechtsanwält:innen eingetragen und unterstützen DORDA künftig besonders in den Bereichen Immobilien- und Baurecht sowie Life Science. Alexander Capka arbeitet seit 2021 bei DORDA, zuletzt als Rechts-



Übergabe des Gewinns von ADVOKAT. [beigestellt]

anwaltsanwärter im Immobilien- und Baurechtsteam. **Elena Lanmüller** wurde schon während ihres Studiums 2017 Teil des DORDA Teams und bereits als Trainee 2018 Teil der Health & Life Science Group von DORDA, die sie seit 2021 als Associate verstärkt. Lanmüllers Tätigkeitsschwerpunkte liegen im Arzneimittel- und Medizinprodukte-recht, mit besonderem Fokus auf

Life Science Litigation und Digital Health.

### Event der Woche

Als langjähriger Sponsor stellte das Unternehmen ADVOKAT, das maßgeschneiderte Softwarelösungen für Rechtsanwaltskanzleien und Rechtsabteilungen anbietet, anlässlich des Gewinnspiels des Juristenverbandes einen attraktiven Preis zur Verfügung. **Noa Hasler** nahm ihren Gewinn vergangene Woche im ADVOKAT-Büro am Stephansplatz entgegen. Im Namen der ganzen Firma gratulierte **Arnold Burböck** der Gewinnerin herzlich.

### LEGAL & PEOPLE

ist eine Verlagsserie der „Die Presse“ Verlags-Gesellschaft m.b.H. & Co KG  
**Koordination:** Clemens Merkle  
**E-Mail:** clemens.merkle@diepresse.com  
**Tel.:** +43 664 800514265